

**V2.5.1. Post**  
**G3.03. Gewerbe und Detailhandel**

**Konkurrenzierung des Gewerbes durch die Nebendienstleistungen  
der Post**

Interpellation

Philipp Müller, Mitglied des Gemeinderates, und 3 Mitunterzeichnende haben am 6. Dezember 2012 folgende Interpellation eingereicht:

*"Die Schweizerische Post AG ist eine Aktiengesellschaft, deren Mehrheitsaktionär von Gesetzes wegen der Bund sein muss. Die Post bezweckt primär die Beförderung von "Postsendungen" sowie die Erbringung von Finanzdienstleistungen. Zur optimalen Erbringung dieser Leistungen positioniert sich die Post sinnvollerweise landesweit an zentralen und publikumsintensiven Standorten. In Dietikon ist die Post mit zwei Dienststellen präsent, wobei vor allem diejenige am Bahnhof eine äusserst privilegierte Lage hat.*

*Immer wieder fällt jedoch auf, dass die Post längst nicht mehr nur Briefe und Pakete verschickt. So werden in den Postfilialen daneben auch umfassende weitere Leistungen angeboten: Papeterieartikel, Computer und Zubehör, Unterhaltungselektronik, Haushaltartikel und noch mehr. Dieses Angebot hat längst ein Ausmass angenommen, welches weit über dasjenige hinausgeht, was beispielsweise das Warten bei der Paketaufgabe überbrücken soll. Dass diese Leistungen zu einem lukrativen Geschäftszweig neben dem Kerngeschäft geworden sein müssen, zeigt auch der Umstand, dass die Post sämtliche Haushalte in regelmässigen Abständen mit hochglanz Werbeprospekten bedient.*

*Das ist stossend, weil die Post als "Staatsbetrieb" unter dem Deckmantel der Erbringung des Service Public an äusserst privilegierten Standorten quasi nebenbei das lokale Gewerbe konkurrenzieren kann. Weiter ist auch die dadurch geschaffene Unsicherheit für potenzielle neue Marktteilnehmer abschreckend und nicht kalkulierbar.*

*Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Wie stellt sich der Stadtrat zu dieser staatlichen Beeinträchtigung des freien Wettbewerbs durch die Post?*
- 2. Inwiefern ist der Stadtrat bereit, sich für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen einzusetzen und zu diesem Zweck das Gespräch mit der Post zu suchen?*
- 3. Welche Auswirkungen sind durch die geschaffene Unsicherheit nach Ansicht des Stadtrates betreffend die Ausübung von Kleingewerbe bzw. die Vermietung entsprechender Mietobjekte zu befürchten?"*

Mitunterzeichnende:

Bayer Ueli

Hogg Werner

Romer Martin

Diese Interpellation wird im Sinne von § 57 der Geschäftsordnung zur Kenntnis gebracht.

# Mitteilung des Gemeinderates

vom 7. Dezember 2012

Mitteilung an:

- alle Mitglieder des Gemeinderats;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Medien;
- Stadtrat.

NAMENS DES GEMEINDERATES



Pius Meier  
Präsident



Daniel Müller  
Sekretär

ag 1207\_post u. gewerbe.doc

versandt am: